

Das Scheinheilige in der Bernecker Asyl-Debatte um das gemeindliche Einvernehmen

Man nehme: die moralische Verantwortung, wofür nach Geschäftsverteilung im Freistaat gar keine eigene Zuständigkeit besteht, und vertrete das offenkundige Scheinargument als vermeintlich starke Position. So lautete das politische Kochrezept von CSU/FWG zur Nutzungsänderung der „Quelle“.

Im Klartext: beim noch nicht abschließend geklärten Brandschutz – ausschließliche Angelegenheit der Baugenehmigungsbehörden in Landratsamt und Regierung – die große Verantwortung übernehmen wollen und sich stattdessen um eine klare Aussage drücken, wie man selbst zur Aufnahme von Menschen in Not steht. Man kann es – wie der Kommentar im Nordbayerischen Kurier – feige nennen. Oder weniger martialisch einfach nur scheinheilig. Sich mittels Scheinargument als gleichsam erhobenen Zeigefinger über anders Denkende hinaus moralisch erheben zu wollen.

Hinter dem geschlossenen Abstimmungsverhalten von CSU/FWG bei der 9 : 8 Mehrheit im Stadtrat steht ein politisches Selbstverständnis, das auch andernorts anzutreffen, nicht auf Berneck beschränkt ist: das eigene konservativ-kleinbürgerlich geprägte Idyll, eine geschlossene kleine heile Welt vor allem zu beschützen, was aus der Außenwelt darüber hereinbrechen könnte. Auch um den Preis des Stillstandes, während sich draußen die Erde weiterdreht. Und überall dort Nutzen entstehen kann, wo Menschen sich neuen Entwicklungen gegenüber aufgeschlossen zeigen und konstruktiv damit umzugehen verstehen.

Die Asyl-Debatte- ein Einzelfall?

Nein! Dieselben derzeit tonangebenden Kräfte von Bernecker CSU/FWG argumentierten strukturell ähnlich bisher auch beim Thema Steinbrucherweiterung. Sich mit Ablehnung profilieren. Sehr wohl wissend, dass geltendes Bergrecht einem Einspruch der Kommune keine Chance lässt. Dasselbe Grundmuster ist erkennbar auch bei der sogenannten „Monstertrasse“, ohne Prüfung von Notwendigkeit oder Alternativen. Atomausstieg schon, irgendwoher soll der Strom ja doch kommen – aber bitte alles, bloß keine Stromtrasse vor der eigenen Haustür. Gleiches exerziert die Jahrzehnte lang auf Atomkraft fixierte CSU-Staatsregierung auch vor, wenn es um die Zwischenlagerung von Atommüll geht, solange bis die Endlagerung geklärt ist. Während Länder wie Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein dazu bereit sind.

Ein völlig neues Phänomen im versteckten Bernecker Paradies?

Nein! Die Therme Obersees könnte am Geseeser Berg stehen, das Hotel Reiterhof anstatt hoch über Wirsberg am Zuckerhut an der Vorderen Wärmeleite oberhalb Frankenhammer. Oder der „Selbstverzicht“ auf ein Gewerbegebiet – und damit auf Steuereinnahmen – an der A9, das dafür gegenüber auf Marktschorgaster Gebiet entstand. Im Jahr 1976 beantragte die SPD-Fraktion das seinerzeit in Konkurs befindliche Hotel Bube zu ersteigern und mit dem anstehenden Umbau des Kurhauses (heute Casa di Cura mit Eventzio) zu verbinden. Die damalige Stadtrats-Mehrheit aus CSU und Freie Wähler lehnte jedoch diese städtebauliche Chance allerersten Ranges schlicht ab. Die Liste ungenutzter Chancen ließe sich leicht fortsetzen. Es waren nicht allein Bürgermeister wie Hans Wirth (Freie Wähler) und Bernd Albert (CSU), die vieles Notwendige und Wünschenswerte gar nicht erst anzupacken vermochten. Es war auch die Mehrheit aus CSU und Freie Wähler, die das politisch bequem zugelassen haben.

Die Fortsetzung der Bequemlichkeiten

Auch die „Enkelgeneration“ der momentanen eisernen CSU/FWG-Koalition hat mit Mehrheit im Stadtrat gleich zu Beginn der aktuellen Wahlperiode im letzten Frühjahr gleichsam in der gönnerhaften Art von Honoratioren sich selbst eine große Arbeitserleichterung gegönnt und mehrheitlich die

meisten der bewährten ehrenamtlichen Referentenposten abgeschafft, die in der Stadtverwaltung nicht hauptamtlich besetzt sind. Allen voran das wichtige Stadtentwicklungsreferat, dem künftigen städtischen Schwerpunkt nach Abschluss von Kanal- und Kläranlagenbau. Wirkliche Bürgernähe sieht anders aus. Nach Auffassung von CSU/FWG sollen Bürgermeister und Verwaltung alle Arbeiten leisten, die Sitzungsvorlagen vorbereiten und in deren Sinn erstellen.

Gesellschaftliche Verantwortung in Wahlämtern

Das sozialdemokratische Politik- und Selbstverständnis ist seit über 150 Jahren ein anderes: auf allen politischen Ebenen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, egal woher sie stammen und welchen Glauben sie haben. Chancen in neuen Entwicklungen suchen und zum Durchbruch verhelfen. Wie das auch im Kleinen und in Berneck aussehen kann? Das deutsch-türkische Familienfest ist ein Beispiel für kulturelle Bereicherung – und ein erfolgreiches dazu.

März 2015

Albrecht Diller